

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

550 (24.11.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2,00 RM  
im voraus, im Verlag oder in den  
Bestellen abheben 2,30 RM. Durch  
die Post bezogen (einmal täglich) mo-  
natlich 2,10 RM zusätzlich 42 Pf. Zustellgeld.  
Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 Pf.,  
Sonntags-, Nummer und Feiertags-  
Nummer 15 Pf. — Am Postbörserer  
Gewalt. Streif, Auslieferung um  
bei der Bestellung keine Anträge bei  
Veränderung oder Nichterhalten der  
Abbestellungen können nur  
jeweils bis zum 25. ds. Mts auf den  
Monats-Vertrag angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Beize  
0,40 RM. Stellen-, Werbung, Sammler-  
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Merkmale-Beize  
0,20 RM. an erster Stelle 2,50 RM.  
Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt,  
bei der Nichterhalten des Beizes, bei  
erhöhter Verbreitung und bei Kon-  
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllungsort  
und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Donnerstag, den 24. November 1932.

Eigentum und Verlag von  
:: Ferdinand Zibernar ::  
Verlagsleitung: Für Politik:  
A. Kimmig; für badiische Nachrichten:  
Dr. C. Schemp; für Kommunalpolitik:  
R. Binder; für Soziales und Sport:  
H. Bolberauer; für das Rentieren:  
W. Göde; für den Handelsteil:  
G. B. Biele; für die Anzeigen: Ludwig  
Weinl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiner.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsru-  
her Nr. 8380. — Bellagen: Volk und  
Heimat / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Reise- u. Führer-Zeitung / Landwirtsch.  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Ablehnende Antwort Hitlers.

### Abfrage an eine parlamentarische Regierungsbildung / Präsidialkabinett unter nationalsozialistischer Führung? / Vor neuen Verhandlungen.

Amlich wird mitgeteilt: Die Antwort Adolf Hitlers auf das gestrige Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde heute 18.30 Uhr nachmittags durch den Reichspräsidenten Göring dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7 1/2 Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Erlaß, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen er eine solche arbeitsfähige Mehrheit mit festem einheitlichen Arbeitsprogramm für eine von ihm geführte Regierung finden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Abfrage verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zur Zeit dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Das Antwortschreiben Adolf Hitlers, das im ersten Teil die Ablehnung des Auftrags in der vom Reichspräsidenten gemünzten Form darstellt, enthält in einem zweiten Teil positive Anregungen, die im wesentlichen in dem Vorschlag der Betrauung Hitlers mit der Führung des Reichskabinetts gipfeln, wobei jedoch, wie von nationalsozialistischer Seite verlautet, den sonstigen Bedingungen des Reichspräsidenten, soweit sie sich nicht auf die Forderung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung beziehen, weitestgehend Rechnung getragen wird. Das würde praktisch bedeuten, daß Adolf Hitler die vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragene Führung des Kabinetts als solche durch ihn, Hitler, selbst in Vor-

schlag bringt, die übrigen Mitglieder des von Hitler geführten Kabinetts sich jedoch ebenso auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen und nicht von Parteien gestellt werden sollen. Eine solche Regierung würde der Art des Brüning-Kabinetts ähneln, das gleichfalls nachträglich den Reichstag vor die Entscheidung über die Stellungnahme gegenüber dem Kabinett und seine Maßnahmen gestellt hat.

### Eine nationalsozialistische Mitteilung.

Berlin, 23. Nov. Die Antwort Hitlers an Meißner bringt, wie die Reichspressestelle der NSDAP mittelst, unter eingehender Begründung zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich undurchführbar ist. Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung, für jeden einzelnen Deutschen sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht in Chaos versinken, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester, fixierter Frist die Regierungskrise gelöst werden kann.

Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, bei seiner Annahme sowohl seine Person als auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einzusetzen.

Reichstag schaffen will, für die sich nun freilich auch wieder das Zentrum zur Verfügung stellen müßte. Das ist nicht ganz so, wie Hitler will, aber ein immerhin möglicher Ausweg, der vielleicht inoffiziell weiter verfolgt wird, wenn offiziell noch die Besprechungen mit Hitler über seine neuen Vorschläge weitergehen.

### In Hitlers Hauptquartier.

m. Berlin, 23. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Adolf Hitler hat auch diesmal im Hotel „Kaiserhof“, also in aller nächster Nähe der Regierungstellen, sein Hauptquartier aufgeschlagen, obwohl nur wenige Schritte von seinem Wohnsitz entfernt, das neu eröffnete Braune Haus steht. Offenbar stehen hier bessere Räumlichkeiten für die Unterbringung seines Mitarbeiterstabes zur Verfügung. Er ist mit großem Gefolge angekommen, zu dem noch die Berliner Parteifreunde gestoßen sind, die ihm Goebbels gebracht hat.

Im Hauptquartier selbst herrscht vom Augenblick der Ankunft Hitlers an ein hartes Gehen und Kommen. Nicht nur Ordonanzanten werden hin und her geschickt, um Akten vom Parteibüro und wichtige Parteimitglieder zu holen, es haben sich auch zahlreiche Parteipolitiker eingefunden, die man nicht nur in der Halle des Hotels, sondern auch in den Gängen und in den Sälen im Gespräch mit maßgebenden Nationalsozialisten sieht. Der Strom der Freunde Hitlers hat zwar in den letzten 24 Stunden etwas nachgelassen. Das ist aber wohl im wesentlichen auf die hinausgehende Regierung der Entscheidungen Hitlers zurückzuführen. Auch der Schwarm der Journalisten, der namentlich am Montag und Dienstag den Kaiserhof bedrängte, ist kleiner geworden. Nicht nur die deutsche Pressevertreter, sondern auch Ausländer sind zum großen Teil anzutreffen, wobei wieder einmal die alte Feststellung zu machen ist, daß die Ausländer wesentlich schneller von den nationalsozialistischen Unterführern empfangen werden. Selbst die nationalsozialistischen Pressevertreter nehmen in Hitlers Hauptquartier keine besonders bevorzugte Stellung ein.

Wenn auch die Nationalsozialisten bestrebt sind, sich nicht allzu sehr in ihre Karten schauen zu lassen, so ist dem Besucher des Kaiserhofs natürlich nicht verborgen geblieben, daß die Meinungen im Kreise der Mitarbeiter Hitlers nicht immer einheitlich sind. Auf der einen Seite findet man Goebbels, auf der anderen Seite Straßer und Fried. Röhm und Göring spielen ebenfalls eine besondere Rolle. Sie geben sich denn auch fortgesetzt die Mühe zu der Tür Hitlers in die Hand.

Neben den reinen Politikern erscheinen auch unausgesehene Sturmabteilungsführer in ihren auffälligen Uniformen. Graf Helldorf mit seinem „Franzosenkäppi“ — seine Mütze ist zum Teil in leuchtendem Rot gehalten — geht im Kaiserhof ein und aus, ebenso wie Herr Dr. Schacht, der unausgesehene Dienste anbietet.

Die Anwesenheit Hitlers in Berlin hat natürlich wieder zahlreiche Parteianhänger auf die Beine gebracht, die am Montag und Dienstag in dicken Scharen die Wilhelmstraße, den Wilhelmplatz und die Eingänge des Kaiserhofs belagerten. Die Polizei hat zwar dafür gesorgt, daß am Mittwoch die Straßen wieder einigermaßen frei waren. Gegen Abend hatten sich jedoch erneut einige hundert Nationalsozialisten vor dem Kaiserhof eingefunden, die nach wie vor geduldig ausharren und auf die Entscheidungen ihres Führers warten.

### Kommunistische Demonstrationen.

m. Berlin, 23. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Am Mittwochabend, und zwar kurz vor der Ankunft Görings in der Reichskanzlei, kam es in der Wilhelmstraße zu einer kommunistischen Demonstration. In der nicht sonderlich gut beleuchteten Straße rotierten sich plötzlich eine Anzahl Kommunisten zusammen, die in „Koffront“ und „Kieber“ rufen und in Schmähungen gegen den Reichspräsidenten sowie Hitler ausbrachen. Die Polizeiposten, die in der Wilhelmstraße stehen, gingen sofort gegen die Ansammlungen vor. Der größte Teil der Demonstranten konnte entkommen. Es gelang aber, einige Kommunisten festzunehmen.

## Hitlers Gegenvorschlag.

m. Berlin, 23. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nach 24 Stunden währenden Beratungen, die am Mittwoch, abends um 6 Uhr, abgeschlossen wurden, hat Hitler den Antwortschreiben des Reichspräsidenten unterzeichnet und dem Reichspräsidenten Göring in die Reichskanzlei bringen lassen. Welche Gründe für diese Verzögerung gesprochen haben, läßt sich schwer sagen. Der Tenor ist jedenfalls im wesentlichen so geblieben, wie er schon am Dienstag abend feststand. Die Umkehrung hat sich also offenbar auf die Begründung beschränkt. Jedenfalls führt man in allen politischen Kreisen diese hinausgehende auf Meinungsverschiedenheiten im nationalsozialistischen Lager zurück. Straßer, Goebbels, Fried, Röhm und Göring haben zwar eine Loyalitätserklärung erlassen, in der sie ihre Einigkeit in der unerfülltesten Gefolgschaftstreue zu Hitler bekunden. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie nicht über die Wege, die Hitler einschlagen soll, sehr verschiedener Meinung gewesen sind, und daß es infolgedessen endloser Beratungen bedurft hat, um eine einheitliche Marschlinie zu gewinnen, wobei allerdings wohl auch mitspielt, daß eine ganze Reihe von maßgeblichen und unmaßgeblichen Ratgebern sich an Hitler herangetragen und ihm ihre Überzeugung einzupflanzen versucht haben, wodurch dann wieder neue Auslegungen und neue Verzögerungen bedingt wurden.

### Was enthält die Denkschrift?

Der Brief Hitlers — der übrigens nicht an den Reichspräsidenten, sondern als unmittelbare Erwiderung auf dessen letztes Schreiben an den Staatssekretär Dr. Meißner gerichtet ist — soll auf Wunsch der Nationalsozialisten nicht veröffentlicht werden, jedenfalls nicht in seinem positiven Teil. Die ersten sechs Seiten dieses Schreibens, das in seinem Umfang schon fast an eine Denkschrift heranreicht, sind dem juristischen und staatspolitischen Bereich gewidmet, den Nachweis zu erbringen, daß Hitler mit den Reichspräsidenten, die ihm auferlegt sind, eine parlamentarische Mehrheitsregierung nicht bilden könne. Damit ist also gleichzeitig festgestellt, daß Hitler den Auftrag in der Form, wie er ihm angeboten wurde, ablehnt und daß nun die Entscheidung allein wieder beim Reichspräsidenten liegt. Indessen haben die Nationalsozialisten sich nicht mit der Ablehnung begnügt. Sie haben gleichzeitig einen Gegenvorschlag gemacht, mit dem Hitler in kürzester Frist die Regierungsbildung zu lösen zu können glaubt. Die wichtigste Frage ist nun, wie dieser Vorschlag aussieht, und gerade da vertragen die Informationsquellen der Nationalsozialisten wie auch der Reichskanzlei. Man wird aber die Lösung in der Richtung suchen dürfen, daß Hitler der Überzeugung ist, in Form einer Präsidialregierung ein Kabinett Hitler sehr rasch bilden zu können.

### Sindenburg vor der Entscheidung.

Der Reichspräsident wird sich darüber erst am Donnerstag vormittag entscheiden. Man hatte zunächst angenommen, daß Auftrag Hitler übersteuert, dem Zentrumsführer Kaas den gleichen von Sindenburg dem von den Nationalsozialisten ausdrücklich ausgedrückten Wunsch entgegenkommt und die Fäden nicht abreißen läßt, so daß auf das Schreiben Hitlers hin am Donnerstag neue Verhandlungen notwendig werden würden. Reichspräsident hat von Anfang an zwischen den beiden Möglichkeiten einer von einer parlamentarischen Mehrheit gebildeten Regierung und einer Präsidialregierung scharf unterschieden. Er hat auch die logische Schlussfolgerung daraus gezogen, daß an die Spitze eines parlamentarischen Kabinetts ein Parteiführer gehört, während ein Präsidialkabinett nur von einem parteipolitisch nicht gebundenen Kanzler

geleitet werden kann. Er muß sich jetzt entscheiden, ob er diese Differenzierung aufrecht erhalten oder Hitler auch noch eine Chance bei dem neuen Versuch bieten will. Die Entscheidung wird selbstverständlich maßgeblich davon beeinflusst, ob die Nationalsozialisten für eine Präsidialregierung das Kanzleramt für Hitler als Voraussetzung fordern, oder ob sie vielleicht auch über einen anderen Kanzler mit sich reden lassen wollen.

### Wiedererleben der Harzburger Front.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Bemühungen zur Reaktivierung der Harzburger Front, von denen wir schon berichteten, jetzt sehr stark eingesezt haben. Nicht nur Dr. Schacht ist auf dem Gebiete tätig, sondern auch noch der Herzog von Koburg, der wie es scheint, auch gewisse Erfolge schon verzeichnen kann. Die früheren Träger der Harzburger Front haben sich ja persönlich sehr stark auseinandergesetzt. Die Beziehungen zwischen Hitler und Hugenberg waren mehr als gespannt, und Hitler hat bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß Hugenberg zu ihm kommen müßte. Diese Einzelfrage ist aber jetzt wohl gelöst, so daß eine unmittelbare Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg für den Donnerstag zu erwarten ist, vielleicht auch in Gegenwart des Stahlhelmführers Selbte. Nur daß damit noch nicht allzuviel gewonnen ist, weil die sachlichen Gegensätze zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten gerade auf wirtschaftlichem Gebiet dann immer noch den eigentlichen Gefahrenpunkt bedeuten.

Wir glauben allerdings, auch annehmen zu müssen, daß ein Kabinett der Harzburger Front nicht unbedingt als eine Regierung Hitler-Hugenberg gedacht ist, daß vielmehr — mindestens für einen Uebergang — ein nicht parteipolitisch gebundenes Kabinett gebildet werden soll, das sich nur auf die inoffizielle Unterstützung beider Parteien verläßt und damit eine Vertagungs mehrheit im

## Die Vorgeschichte.

Von unterrichteter Seite hören wir noch über die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler, daß der Reichspräsident dem nationalsozialistischen Parteiführer folgende Bindungen

1. Die Vorlegung eines Wirtschaftsprogramms.
2. Die Vermeidung aller Maßnahmen, die auf eine Wiederherstellung des Dualismus zwischen Reich und Preußen abzielen und
3. Keine Abkündigung des Artikels 48.

Darüber hinaus hat er noch für sich die Bestätigung der Ministerliste in Anspruch genommen, um eine Art Kontrolle ausüben zu können, daß in das Kabinett nicht Personen aufgenommen werden die dem Reichspräsidenten unter Umständen nicht genehm sind. Der Reichspräsident hat sich dann weiter die Beschlußfassung über die Besetzung des Außenministeriums und des Wehrministeriums vorbehalten und war aus dem Grunde, weil er der Oberbefehlshaber der Reichswehr ist und das Deutsche Reich nach außen hin vertritt.

Diese Bedingungen haben während des Empfanges der Parteiführer Ende der vorigen Woche bereits eine Rolle gespielt. Die Parteiführer haben sich mit den sachlichen Bedingungen, also mit der Vorlegung des Wirtschaftsprogramms, der Vermeidung des Dualismus Reich-Preußen und dem Artikel 48 einverstanden erklärt. Der Reichspräsident ist auf Grund dieser Emp-

fänge zu der Ansicht gekommen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung praktisch möglich ist. Auch Adolf Hitler hat sich in der Samstag-Unterhaltung in diesem Sinne ausgesprochen. Daraufhin hat der Reichspräsident ihm am Montag in unmittelbarer Fortsetzung der Samstag-Besprechung den Auftrag erteilt, eine Mehrheit zu suchen. An seinem Standpunkt, daß ein Parteiführer nicht an die Spitze eines Präsidialkabinetts treten darf, hat sich nichts geändert.

### Hoover lehnt die Stundung ab.

Washington, 23. Nov. Präsident Hoover gab eine offizielle Erklärung ab, daß die Schuldenländer keine Gründe darlegten, die einen Schuldenausschub nach den in den Vereinigten Staaten festgelegten Grundregeln rechtfertigen. Hoover hat die europäischen Schuldenstaaten benachrichtigt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Schuldenzahlungen am 15. Dezember erwartet.

# Wendigung des Lytton-Berichts?

## Der chinesisch-japanische Konflikt vor dem Völkerbundsrat.

Ep. Genf, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Der Völkerbundsrat setzte am Mittwoch nachmittag den Redebetrieb über den chinesisch-japanischen Konflikt fort. Der japanische Delegierte Matsuo wandte sich vor allem gegen den Vorwurf, Japan treibe eine Eroberungspolitik und wies darauf hin, daß Japan, obwohl es oft genug Gelegenheit dazu gehabt hätte, noch niemals Eroberungsabsichten gegen die Südsee, gegen Siam oder gegen andere Gebiete gezeigt habe.

Das Tanaka-Memorandum, auf das sich Wellington Koo berufen hatte, bezeichnet Matsuo als gefällig und als ein Machwerk der chinesischen Propaganda.

Zum Schluß erging er sich ausführlich über die Frage der Zuständigkeit des Boykotts und verwies darauf, daß 1904 der erste chinesische Boykott gegen Amerika von den Vereinigten Staaten offiziell als eine feindselige Handlung und als eine offene Verletzung feierlicher Verträge bezeichnet worden sei. Matsuo betonte ferner,

daß Japan die Einigung Chinas immer unterstützt habe, und daß sogar Sunjatsen von japanischer Seite bei Errichtung der Nationalregierung drei Millionen Dollar erhalten habe.

Wellington Koo antwortete kurz: Wenn Japan die Mitwirkung bei der Einigung Chinas in Angriffen auf Schanghai, Bombenangriffen auf ungeschützte Städte und militärische Besetzung wertvoller chinesischer Provinzen erblicke, dann kann es nicht verlangen, daß China sich mit diesen Methoden einverstanden erkläre.

Lytton erhält schließlich, trotz eines Protestes Japans, den Auftrag, sich mit seinen vier Kollegen ins Benehmen zu setzen, um dem Rat darzulegen, ob eine Wendung des Berichtes und seiner Schlussfolgerungen auf Grund der chinesischen und japanischen Darlegungen notwendig erscheine. Lytton wird die von ihm erbetene Antwort in einer der nächsten Sitzungen des Völkerbundsrates geben.

Der Völkerbundsrat trat dann in die Beratung der von Polen geplanten Einführung des Zloty auf den Danziger Eisenbahnen ein. Die Angelegenheit geht darauf zurück, daß am 31. Oktober 1932 das polnische Verkehrsministerium eine Verordnung veröffentlicht hat, in welcher bestimmt wird, daß die Beförderungsgebühren für die Eisenbahn auf dem Gebiet des Freistaats Danzig nur in polnischer Währung angenommen werden darf. Die Verordnung soll am 1. Dezember in Kraft treten, so daß bis dahin eine Entscheidung des Völkerbundsrates erfolgt sein muß. Der Danziger Senat hat gegen diese geplante Maßnahme Einspruch erhoben. Der Völkerbundsrat setzte einen Dreierausschuß aus Vertretern Spaniens, Englands und Norwegens ein, der die Angelegenheit unter Anhörung beider Parteien prüfen und dem Völkerbundsrat sobald als möglich einen Bericht vorlegen soll.

Der Völkerbundsrat hat die Absicht, die mandchurische Frage, in der man im Augenblick kaum Lösungsmöglichkeiten erblickt, so schnell wie möglich an die außerordentliche Vollversammlung abzugeben, da man glaubt, mit diesem Verfahren eine gewisse Zeit gewinnen zu können. Es ist jedoch offenbar, daß gegen diese Absicht, die Angelegenheit vor die Vollversammlung zu bringen, von Seiten Japans scharfster Einspruch erhoben wird. In den Kreisen der Großmächte wird augenblicklich der Gedanke erwoogen, die Angelegenheit dadurch auf die lange Bank zu schieben, daß ein Völkerbundsausschuß aus Vertretern der Großmächte als Überwachungsorgan nach Mukden entsandt wird. Diese neue Völkerbundsorganisation soll die Tätigkeit der Manchu-Ko-Regierung beobachten. Damit hofft man einmal den Einfluß der Großmächte in der Mandchurie zu sichern, dann aber den provisorischen Charakter des augenblicklichen Zustandes zu betonen, im übrigen jedoch das gesamte fernöstliche Problem aufzuhalten, bis die Zeit eine günstigere Lösung der Frage gestatten könnte.

## Der Kampf um die Gleichberechtigung.

Ep. Genf, 23. Nov. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Die Versuche, Deutschland zur Rückkehr in die Abrüstungsverhandlungen zu bewegen, werden bei den Genfer Besprechungen von französischer Seite aus ganz offensichtlich mit der Absicht geführt, Deutschland sowie die übrigen Mächte dabei auf den französischen

Rüstungsplan für Kontinentaleuropa festzulegen. Frankreich verlangt eine Art Priorität für den französischen Plan und zieht sich taktisch auf die Stellung zurück, daß erst die übrigen Mächte, vor allem auch Deutschland, auf den französischen Plan eingegangen hätten, der vor dem englischen eingebracht sei. Es scheint demnach, daß Frankreich mit seinem Verhalten in Genf und dem Vorziehen des französischen Plans nicht nur den Zweck verfolgt, den übrigen Mächten die Verantwortung für eine etwaige Ablehnung seines Planes zuzuschreiben, sondern auch im Auge hat, etwaige fünftägige Verhandlungen von vornherein auf den engen Rahmen des französischen Plans festzulegen, bei dem die praktische Verwirklichung der Gleichberechtigung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wird und die Verhandlungen ganz im Zeichen der Sicherheit stehen müßten. Die amerikanischen und italienischen Vertreter in Genf versuchen, dem Druck Frankreichs auszuweichen und den französischen Plan zwar als einen beachtenswerten Vorschlag, jedoch nicht als ein *conditio sine qua non* zu behandeln. In den Kreisen der Großmächte rechnet man bei dieser ganzen Sachlage mit ziemlich langwierigen Auseinandersetzungen und glaubt allgemein, daß die Einderung des Allgemeinen Ausschusses der Konferenz vorläufig nicht in Frage kommt, sondern bis zum Januar, vielleicht auch Februar verschoben werden muß.

Der Reichsaussenminister v. Neurath steht gegenwärtig in Genf im Mittelpunkt zahlreicher diplomatischer Besprechungen, die lediglich die Fortsetzung der Unterhaltungen sind, die vor den Reichstagswahlen im wesentlichen zwischen London und Berlin stattfanden und sich seinerzeit um die Unterbeluna der Biermächtekonferenz drehten, zu der bereits die Einladungen von MacDonald aus ergangen sind. Die Konferenz hat bis heute nicht stattfinden können, weil die Franzosen keine Neigung zeigen, sich über die deutsche Gleichberechtigung zu unterhalten und Zugeständnisse zu machen. Umgekehrt hat aber die Reichsregierung bisher keinen Zoll Boden aufgegeben. Herr v. Neurath hat auch jetzt den Amerikanern, Engländern und Italienern, die sich naheinander bei ihm eingefunden hatten, versichert, daß Deutschland bereit ist, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen und dafür zu sorgen, daß der Abrüstungsgedanke verwirklicht wird, daß es aber unter keinen Umständen nach Genf gehen kann, wenn es dort als Nation minderen Rechtes behandelt werden und nachher von der praktischen Auswertung der Konferenzbeschlüsse ausgeschlossen werden soll.

Jugendlichen positiven Abbruch haben die Genfer Besprechungen noch nicht gefunden. Am Samstag ist die Ratstagung beendet. Herr v. Neurath fährt dann nach Berlin zurück. Wenn bis dahin eine Einigung nicht erfolgt ist, wird man also die diplomatischen Verhandlungen im alten Stil fortsetzen müssen, und dann kann es eigentlich nur wieder darum drehen, die Biermächtekonferenz, also den Plan MacDonalds, zu verwirklichen. Aber gegen diese Konferenz sträuben sich die Franzosen nach wie vor. Dennoch tritt der Gedanke dieser Konferenz jetzt wieder hervor, nur langsam abzuwarten, ob nach Genf die Situation für das Zustandekommen der Konferenz günstiger ist als jetzt.

# Riesenhafter Bestechungsskandal.

## Politiker, hohe Beamte und Kaufleute beteiligt / Ein erstes Teilgeländnis.

Berlin, 23. Nov. Die Oberpostdirektion Berlin, die Kriminalpolizei und der Untersuchungsrichter am Landgericht III beschlagnahmten seit Tagen mit einem großen Bestechungsskandal, an dem Politiker, hochstehende Beamte, zahlreiche Berliner Kaufleute und Inhaber großer und angesehenen Baufirmen beteiligt sein sollen.

Im Zusammenhang damit ist in Äschersleben der Oberpostinspektor Kromm, ein früherer leitender Beamter der Bauabteilung der Berliner Oberpostdirektion, festgenommen worden. Er hat bereits ein Teilgeländnis abgelegt. Die Verfehlungen gehen zum Teil bis zum Jahre 1926 zurück. Kromm hatte durch seine Beziehungen zwei Baugesellschaften große Kredite vermittelt, mußte er allein bis 1930 rund 20 000 RM. Bestechungsgelder erhalten hat. Er wurde bereits einmal verhaftet, als man sich in Fachkreisen über die Bevorzugung der betreffenden Baugesellschaften durch die Oberpostdirektion wunderte und eine Hausungsforderung 30 000 RM. zutage, die in einem Wadepfen verstrekt waren. Kromm wurde jedoch wieder freigelassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt, weil ihm keinerlei strafbare Handlungen nachgewiesen waren. Schließlich erstattete seine geliebte Frau Anzeige, und neue Nachforschungen brachten schwere Veräumnisse des Ausschichters und fast ungläubliche Verfehlungen des Vorstandes zutage.

Das Betragsvermögen der Berliner Kriminalpolizei stellte inzwischen fest, daß rund 1 650 000 RM. Staatsgelder verloren sind. Für die nächsten Tage ist in dieser Angelegenheit mit weiteren energischen Schritten der Untersuchungsbehörde zu rechnen und es werden u. a. der frühere Reichspostminister Giesbert, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Thaborn, mehrere Beamte der Berliner Oberpostdirektion sowie die Inhaber verschiedener Berliner Baufirmen vernommen werden.

## Richterlicher Haftbefehl gegen Frau Boddin.

Berlin, 23. Nov. Der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium hat am Mittwoch gegen die Ehefrau Maria Boddin Haftbefehl wegen versuchten Mordes an ihrem sechsjährigen Töchterchen Rosemarie in zwei Fällen erlassen.

## Zwei flüchtige Angeklagte aus dem Potempa-prozess verhaftet.

Beuthen, 23. Nov. Wie von der Pressestelle des Landgerichts Beuthen mitgeteilt wird, sind die in der Potempa-Sache stark belasteten, aber bisher flüchtig gebliebenen Angeklagten Golombek und Duxli aus Kottwitz jetzt verhaftet worden. Wie wir dazu erfahren, erfolgte die Verhaftung der beiden

Angeklagten in Reife. Bekanntlich wurde besonders Golombek von den anderen Angeklagten im Potempa-Prozess schwer belastet. Nach den Aussagen der Angeklagten sollen sich Golombek und Duxli sowie der bisher noch flüchtige Kaufmann Pfeiffer aus Friedrichswille gleichfalls in dem Zimmer befunden haben, in dem der Kommunist Pietrzuch getötet wurde.

## Sprengstoffexplosion in Marburg.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte. Marburg, 23. Nov. Beim Abtragen eines Hanges ereignete sich hier eine schwere Sprengstoffexplosion. Als heute nachmittag die Grabungen aufgenommen wurden, lag ein Arbeiter mit der Spitzhaube auf einen freigebliebenen Sprenghügel, der explodierte. Dabei wurde ein Arbeiter auf der Stelle getötet und zwei weitere schwer verletzt.

## Der Leiter der Aero Postale verhaftet.

Paris, 23. Nov. Der in den Pariser Luftfahrtkandal verwickelte Leiter der Luftfahrtgesellschaft Aero Postale, André Bouillouze-Lafont, der eine führende Rolle bei der Fällung von Schriftstücken gespielt hat, ist am Mittwoch verhaftet worden. André Bouillouze-Lafont hat an Hand dieser falschen Schriftstücke den Beweis erbringen wollen, daß der Direktor der zivilen Luftfahrt im Luftfahrtministerium, Chaumont, und der Leiter der Luftfahrtgesellschaft, Cidna, sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht und ein großes Aktienbündel der Flugzeugfirma Gnome und Rhône an die Luft Hansa verkauft hätten.

## Tages-Anzeiger.

(Märchen siehe im Interatentell.)  
Donnerstag, den 24. November.  
Rundfunk: 19.30 Uhr: Der schwarze Scharf; 20.00 Uhr: Union-Theater; 20.15 Uhr: Der schwarze Scharf; 20.30 Uhr: Der schwarze Scharf; 20.45 Uhr: Der schwarze Scharf; 21.00 Uhr: Der schwarze Scharf; 21.15 Uhr: Der schwarze Scharf; 21.30 Uhr: Der schwarze Scharf; 21.45 Uhr: Der schwarze Scharf; 22.00 Uhr: Der schwarze Scharf; 22.15 Uhr: Der schwarze Scharf; 22.30 Uhr: Der schwarze Scharf; 22.45 Uhr: Der schwarze Scharf; 23.00 Uhr: Der schwarze Scharf; 23.15 Uhr: Der schwarze Scharf; 23.30 Uhr: Der schwarze Scharf; 23.45 Uhr: Der schwarze Scharf; 24.00 Uhr: Der schwarze Scharf.

## Karlsruher Kunstausstellungen: Badische Kunsthalle.

Im Vergleich mit den sonstigen Ausstellungen der Kunsthalle — erinnert sei an van Gogh und Louis Corinth — die sich mit Künstlern von Größe, groß auch in ihrer Problematik, befassen, tritt uns diesmal in Heinrich Ebel eine Erscheinung entgegen, der man im ersten Augenblick die Attribute „bescheiden und still“ zu geben gewillt ist. Bei näherem Zusehen, und darauf kommt es an, ergibt sich dann in dieser kleinen, heimlich umgrenzten oder von vier dürftigen Wänden umgebenen Welt eines Künstlers, der scheinbar eine stets wiederkehrende Melodie summt, doch ein schätzbare Reich-tum des malerischen Erlebens und Gestaltens, der selbst die zahl-reichen Varianten ein und desselben Themas wert- und reizvoll macht. Was es sich um Dorfstraßen, um Wohnküchen, Schlafkam-mern, Bauerngärten, Kornfelder oder Weinberge handeln — Dinge der Pfälzer und elsässischen Heimat und der persönlichen Umwelt — die Art, wie er diesen Erscheinungen nachgeht, scheinbar sich darin verpinnt und verliert, geht vom sachlichen Nachfragen, dem keine Einzelheit zu unbedeutend ist, zum gestaltenden Ordnen, so daß eben doch etwas Organisches erwächst.

H. Ebel, Kirchenmaler und Plastiker, hat sich für seine Staf-felbilder eine eigene Temperatechnik ausgebildet. Die Zeichnun-gen, manchmal von einer Thomaschen Schlichtheit und Klarheit, sind Vorstufen seiner Bilder, erste und gründliche Darstellungen der Dinge und Menschen, die ihn umgeben. Es ist Mittag und Enge darin, aber es ist auch schon etwas anderes darin, das geistig über die Grenzen des Realen hinausgeht.  
Dieser Zug zum Größeren und Seelischen findet seinen, gleich-sam symbolischen Ausdruck in dem immer wiederholten, immer neu abgewandelten Motiv des Lichts. Da brennt eine Kerze, dort eine Küchensampe, hier eine Hängelampe, eine Gaslaterne, eine elek-trische Glühbirne, und nicht genug damit: sie spiegeln sich in Glas-scheiben, in Witrinenfenstern, sie zerstreuen ihre Strahlen zu bunten Aurolen, sie jammeln sich im vollen Mond, und schließlich finden sie ihren Triumph, ihre Glorie im aufsteigenden oder sinkenden Sonnenball, der seine Strahlen durch Ägyptr, durch Wolken und Nebel auf die Heimat Erde gleitet. Es ist ein immer wiederholtes Gebet zum Bruder Mond und zur Schwester Sonne, das der Maler Heinrich Ebel aus seiner Brust zum Himmel schickt. In seiner Anbrunn, die nicht literarisch wird, sondern anschauungsmäßig, far-big-malerisch bleibt, die etwas vom Ponderello und von Vincent in sich vereint, liegt ein Zug zur Größe und ein Schwung, der sein Können zu hohen Leistungen befähigt. Mit einer ganzen Anzahl der sechs Duzend Bilder überpringt er seine durchschnittliche Leistungsfähigkeit um ein Beträchtliches und schafft Werke von reinem Gehalt und reiner Ausgeglichenheit.  
Es fällt niemand ein, hier ein Genie entdecken und in den Olymp einführen zu wollen. Ebel hat aber jene Note des echten

Volkstums, die schon für sich etwas wert ist; daß er sie in Neben-stunden, nach seiner eigentlichen Tagesarbeit, zur Geltung bringen konnte, zeigt, wie stark der Trieb in ihm drängte. Da er ganz aus dem Volksthum heraus schafft, kalendermäßig im Hebelischen, also im besten Sinne, mit den Füßen auf der Erde, mit den Augen die Sterne suchend, darf und soll er wieder zum Volke sprechen. Diesem Volk dient die dankenswerte Ausstellung seiner Werke, zu der ein Katalog mit Einführung und Abbildungen erschienen ist. W.E.O.

## Badisches Landestheater: Die Zauberflöte.

Nach der ausgezeichneten Neueinstudierung von Figaros Hochzeit brachte das Landestheater die zweite Mozartoper in dieser Spielzeit, „Die Zauberflöte“ als Wiederaufnahme in den Spiel-plan, offenbar nur mit vorangegangenen kurzen Verständigungs-proben. Aus diesem Grunde hatte dieses Werk, das letzte und höchste Dinge des Lebens in ein wunderliches Märchen kleidet und in der Musik Güte, Reinheit und Heiterkeit ausstrahlt, nicht ganz die wünschenswerte Geschlossenheit. Sie wird sich bei den nächsten Wiederholungen ohne Zweifel einstellen, auch einige Unklarheiten in den gefangenen Wiedergaben werden sich von selbst heben.

Die Besetzung ist betannt und des Besseren gewürdigt. Kam-merjänger Wilhelm Kewitz gibt wieder einen gefühlvollen Tamino, zurückhaltend in der Darstellung, ohne kühl zu erscheinen, und mit bestem Einsatz seines weichen Tenors. Die Loloratur-behängten Arien der Königin der Nacht weiß Kammerjängerin Mary Effelsgröth virtuos vorzutragen und ihre oft gerühmte Kunst des Ziergesanges zu entfalten! Herbeortagend dieamina der Kammerjängerin Elise Planz, die neben einer ansprechenden Dar-stellung für Mozart viel Innigkeit mitbringt, eine warme, biegsa-me Stimme, und mit überraschendem Geschick auch die enkernten Arien zu fassen weiß. Das Singpielhafte des Märchens, das unter-haltend Volkstümliche kommt durch den Naturwüchigen Papageno ge-bührend zur Geltung; Kammerjänger Karlheinz Löser gibt ihn recht munter, im Dialog mit einem nicht zu überhörenden Bei-lauf des liebesvertrauten Karlsruher Dialektes. In weiteren Partien seien genannt der leichte und bewegliche Mohr von Robert Kiefer, der Sprecher von Kammerjänger Franz Schuster, der edle Sarastro von Kammerjänger Adolf Schöpplin, die Paga-gena von Lotte Kischbach, die Damen der Königin der Nacht, Kammerjängerin Marie Franz, Emmy Seiberlich und Elfriede Haberlorn, und die drei Genien Ellen Winter, Liesel Lena und Rest Motzmann.

Victor Bruschka führte die Regie und sorgte für einen sicheren Verlauf der sehr zahlreichen Verwandlungen. Generalmusikdirektor Joseph Krups sah am Pult und führte das warm und klarpoll-pielende Orchester und die Stimmen auf der Bühne mit Sinn für das Fächerliche und Transzendente, mitunter etwas breit in den Zeitmaßen.

## Die Mannheimer Bibliophilen-Gesellschaft

gab zu Ehren von Alfred Kerr, dem Redner der Gerhart Haupt-mann-Nachfeier, eine musikalisch-literarisch reizvolle Nachmittags-veranstaltung. Im Mittelpunkt stand das einaktige Opern-stück „Mann von Hellas“ von Meister Fedros Puppenspiel. Dieser Meister trifft, wie man im Cervantes, Band II, Kapitel 25 und 26, nachlesen kann, auf der Reise mit seinen Marionetten in einem Dorfmittels Haus ein, wo Don Quixote raftet. Er gibt vor ihm und seiner Gesellschaft eine Vorstellung, die aber ein fahres Ende findet, weil der Ritter an einigen poetischen Freibeiten Anstoß nimmt, die Vorstellung mehrfach unterbricht und zuletzt mit dem Schwert gegen die Marionetten loszieht und sie taput schlägt. Der Reiz dieses Werkes beruht auf dem barocken Gegensatz von Miniatur-Figür-chen und lebendem Personal, von dem Eindringen des Zuschauer-s in die Welt der Phantasie und des Spiels und nicht zuletzt in der grotesken Erscheinung des hageren Edlen von la Mancha. Die seinem kleinen dicken Sancho und der sprichwörtlichen Dulcinea. Die einzelnen Gestalten fanden Körperlich, darstellerisch und gefanglich eine klägliche Wiedergabe. Gg. Deiminger, in Karlsruhe kein Fremdling, hatte seine Marionetten-Bühne aufgebaut und erzielte feierliche und dröckliche Wirkungen, wie es die Szene verlangte. Das Marionettenspiel selbst wird nur als kummes Bild gegeben. Den Inhalt erzählt Don Fedros Anjager, der von seinem Stoff lo hin-gerissen wird, daß er ihn thapodisch ausmündet und eben dadurch Don Quixotes Groll erweckt. Die musikalische Exekution unter E. Cremer und die hensehliche unter Regie von R. Hein wußte Scherz, Ernst und Ironie zur nötigen Bedeutung zu bringen. Ganz speziell auf die Anwesenheit von Alfred Kerr zugeschnitten war eine Begrüßung durch Dr. H. Süßell, die dem tapferen Kritiker galt, den man jetzt vom Rundfunk ausgespart hat, und Kritik der Liebesflucht „Der Krämerpiegel“, dessen Ge-danke melodiöses Gemwand von glitzernder Pracht darüber gemoeen, in dem allerhand humoristische Fänten sprühen, die E. Cremer im Gejang und Vortrag und J. Rosenfeld am Flügel zu funktio-nierenden Leuchten brachten. Es ist eine ungemollte Ironie, daß ausgerednet R. Strauß gegen die Verleger zu Felde zieht, aber seine Musik sichert ihm Abolition für diesen Don Quixote-Ritt, der in der Zusammenstellung mit dem Puppenpiel und dem vorangegangenen Meinen, aparten Musikstücken „Pupazetti“ von A. Casella die ganze Veranstaltung harmonisch rundete. Dazu verjehe man sich in den Ritteraal des Mannheimer Schlosses, von besser Wänden alte Felben grünen und den die Kronleuchter festlich erhellten, so hat man einen Gesmack von der eigenartigen Darbietung, die von der Menge der Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. W. E. O.

Δ Emmy Schuch-Karlsruhe, eine sehr talentierte, junge Geigerin, hatte mit einem Violin-Abend in Landau nach vorliegenden Besprechungen starken Erfolg.

Neue preußische Klage?

Berlin, 23. Nov. Der Verfassungsausschuss des Preussischen Staatsrats beschloß...

In dem Antrag wird zunächst festgestellt, daß die Auffassung des Staatsrats, die Enthebung des preussischen Ministerpräsidenten...

Nach einer Stellungnahme des Ausschusses dahin, daß der Reichskommissar verpflichtet sei, der Landesregierung die Ausübung der ihr zustehenden Rechte...

Ministerpräsident Braun erkrankt.

Berlin, 23. Nov. Ministerpräsident Braun ist seit Sonntag an einer Halsentzündung erkrankt...

Kommunistische Aktivität.

Berlin, 23. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Bei den Berliner Kommunisten ist seit einiger Zeit wieder eine regere Agitation festzustellen...

Die Früchte ihrer Verheerungsarbeit sind am besten an der Statistik der politischen Zusammenstöße zu erkennen. In Preußen wurden im September 304 Zusammenstöße gezählt...

Eigener Kraftwagenunfall wird verurteilt.

Rolle Autokennzeichen-Schiebung eines Ingolstädter Polizeireferenten.

Mit einem selbst gesteuerten Kraftwagen der Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. Ingolstadt, wo er Geschäftsführer und weiterhin Polizeireferent im Stadtrat war...

Auf weitere sich auf die alte Nummer beziehende Anfragen gab nunmehr ein derartiges Kennzeichen sei z. Zt. nicht ausgegeben — eine richtigerweise Antwort.

In Wahrnehmung der allgemeinsten öffentlichen und privaten Interessen faßte das Landgericht Eichstätt in der Hauptverhandlung vom 27. Mai 1932 das für einen Polizeireferenten gerabegte groteske Benehmen des Dr. Hierl als Verleitung Untergebener zum Amtsverbrechen an und erkannte auf 6 Monate Gefängnis sowie Aberkennung der Eigenschaft zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren.

Die sich hiergegen richtende und jetzt beim Reichsgericht einliegende Revision Dr. Hierls hatte keinen Erfolg. Der ermittelte Strafenantrag wurde als unbeantragt, in die Waagschale geworfen...

Frauenwürger Zeitgöb zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Linz/Donau, 23. Nov. Der Frauenwürger Zeitgöb wurde am Mittwochabend zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Dies ist die höchste Strafe, die in Oesterreich nach dem geltenden Gesetz verhängt werden kann...

Unmittelbar nach der Urteilsverkündung unternahm Zeitgöb einen Fluchtversuch. Er sprang durch das Fenster des Gerichtssaales auf die Straße hinunter. Es gelang ihm aber nicht, zu entkommen. Er hatte sich lediglich eine blutige Verletzung an der Stirn zugezogen...

Vor der Urteilsverkündung erkrankte der Psychiater, Universitäts-Professor Dr. Stiefeler sein Gutachten. Zeitgöb sei niemals ein Sexualverbrecher. Er sei ein gewöhnlicher Raubmörder u. dürfe nicht bei der Psychiatrie eine Anleihe machen, um billiger und gelinder davonzukommen. Er sei für seine Taten strafrechtlich voll verantwortlich.

Franz Lutz verurteilt.

T. Paris, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht der Badischen Presse.) Der am 13. September am Bridentopf von Kehl verhaftete Franz Lutz, in dessen Besitz angeblich Dokumente gefunden worden sind, die die nationale Verteidigung gefährden, wurde heute in geheimer Verhandlung vor dem Straßburger Strafgericht zu zwei Jahren Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe wegen Spionage verurteilt.

Devisengeschäfte unter dem Deckmantel der „Wohlfahrt“.

Berlin, 23. Nov. Vor dem Schnellschöffengericht beim Amtsgericht Berlin Mitte hatten sich der Kaufmann Dr. jur. Adolf Borchardt, der von 1904 bis 1916 Generalbevollmächtigter und Vermögensverwalter Thyssens war, der Geheime Regierungsrat Tillich aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium, der Bergwerksdirektor Gustav Cordes aus Hannover, der Bankdirektor der Dresdener Bank, Reinhard Kubbernuß, der Makler Heinrich Holländer, der Kaufmann Wilhelm Brauer und der Rittmeister a. D. Scheel aus Kassel wegen Devisenvergehen zu verurteilen.

Geheimrat Tillich, Dr. Borchardt, Direktor Cordes und der Detektiv Kubbernuß werden beschuldigt, gemeinsam in der Zeit vom 24. Mai bis 15. Juni ds. Js. in ausländischen Besitz befindliche R. G. Farbenaktien im Werte von 115.000 RM. auf das Konto Tillich bei der Dresdener Bank gebracht und entgegen den Vorschriften der Devisenbewirtschaftungsstelle dem schädlichen Bergwerksdirektor Schmitt ausgehändigt zu haben.

Zu Beginn der Verhandlung kam zur Sprache, daß sich mehrere Rechtsanwältinnen zur Verteidigung der Angeklagten im Untersuchungsgefängnis angeboten hätten. Der Vorsitzende nannte dieses Verfahren ungewöhnlich. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft,

Staatsanwaltschaftsrat Jacoby, erklärte, daß diese Anwältinnen zweifellos von interessierten Kreisen geschickt worden seien, die hinter diesen Devisentransaktionen ständen. Dieser Angelegenheit würde von der Staatsanwaltschaft noch nachgegangen werden. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Für 30000 Mark Edelsteine gestohlen.

Berlin, 23. Nov. Aus dem Tresor einer Edelsteinhandlung in der Friedrichstraße sind, wie am Mittwoch vormittag festgestellt wurde, in der vergangenen Nacht ungefähre 30.000 Mark Edelsteine und Halbedelsteine im Gesamtwerte von 30.000 RM. geraubt worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

5000 Mark Belohnung für die Ergreifung Schäfers

Düsseldorf, 23. Nov. Von dem Polizeipräsidenten Düsseldorf ist wegen Millionenbetruges zum Nachteil einer Düsseldorfer Großbank gegen den Bankdirektor Wilhelm Schäfer, geb. am 11. Juni 1882 zu Kesselstadt bei Hanau, Haftbefehl und Steckbrief erlassen worden. Schäfer hat seit den Jahren 1928/29 im Effektengeschäft große Verluste erlitten, die er durch raffinierteste Fälschungen auf fingierte Konten verdeckt hat. Er hat sich Ende Oktober auf eine Geschäftsreise nach Mitteldeutschland begeben, von der er nicht zurückgekehrt ist. Schäfer hat seine Verfehlungen in einem Brief an seine Firma eingestanden und erklärt, nicht mehr zurückzukehren. Die geschädigte Bank hat eine Belohnung von 5000 RM. für die Ermittlung des flüchtigen Schäfers ausgesetzt.

Sprengstofffund an der Strecke Hamm-Münster

Essen, 23. Nov. Auf der Strecke Münster-Hiltrup ist neben dem Gleis Hamm-Münster ein Paket mit einem Kilogramm Sprengstoff gefunden worden. Nach den Umständen des Fundes scheint ein verbrecherischer Anschlag nicht geplant gewesen zu sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß ein Reisender aus einem Zuge heraus sich des Sprengstoffs entledigt hat. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Neue Erdböden in Westdeutschland und Holland.

Essen, 23. Nov. In den frühen Morgenstunden des Mittwochs wurden bei der Bochumer Erdbebenwarte erneut Erdböden aufgezeichnet, die jedoch nach den bisher vorliegenden Nachrichten an Stärke erheblich hinter den in der Nacht zum Montag aufgetretenen Erdböden zurückbleiben. Die neuerlichen Erdbewegungen sind, wie eine Rundfrage erkennen läßt, von der Bevölkerung kaum bemerkt worden.

Riesige Goldfunde in Venezuela.

Hamburg, 23. Nov. Nach einer Mitteilung des venezolanischen Generalkonsulats in Hamburg ist in Venezuela mitten im Urwald eine außerordentlich reichhaltige Goldmine entdeckt worden. Der Fundort liegt in den Regionen des Alto Cuyuni in der Nähe des Flusses Chicanon. Der Entdecker der Mine hat mit einigen anderen Arbeitern in ganz kurzer Zeit riesige Mengen Gold erbeutet und zwar, wie das Generalkonsulat mitteilt, über 800.000 Gramm. Man hält die Mine für die größte und reichhaltigste der Welt. Nach dem Bekanntwerden dieser Goldfunde sind Tausende von Arbeitern an den Fundort geeilt, um dort ihr Glück zu versuchen. Die venezolanische Regierung hat, da die Mine, auch nach dem Urteil Sachverständiger als sehr ergiebig angesehen wird, sofort eine Kommission zur ordnungsmäßigen Ausbeutung an den Fundort entsandt.

Advertisement for OBERST cigarettes. Large text: 'Nein, sie beißt nicht!' with an image of a cigarette pack.

Die Zigaretten-Raucher der billigeren cMarken schätzten früher an ihrer Sorte eine gewisse Schärfe, während die Freunde der 5 und 6 Pf-Zigaretten das mildaromatische liebten. OBERST, noch immer nach dem Rezept einer 5 Pf-Zigarette hergestellt, hat nun mit grossem Erfolg die mildaromatische Richtung in die 3 1/2 Pf-Preislage hineingetragen. Werden doch ca. 165 Millionen OBERST im Monat geraucht! OBERST die 3 1/2 Pf-Zigarette

OBERST bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

Unwetter Schäden in Baden.

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die Bad. Gebäuderversicherungsanstalt hat auch in diesem Jahre wieder ganz erhebliche Beträge zur Behebung der Unwetter Schäden zur Verfügung gestellt.

Amtsbezirk Emmendingen:

Gemeinde Amoltern 896 RM., Gemeinde Bahlingen 658 RM., Gemeinde Reichheim 60 RM., Gemeinde Endingen 1687 RM., Gemeinde Reichlinshausen 300 RM., Gemeinde Riegel 147 RM.

Amtsbezirk Freiburg:

Gemeinde Aharren 4096 RM., Gemeinde Bickenhöhl 956 RM., Gemeinde Oberbergen 12 689 RM., Gem. Oberrotweil 772 RM., Gemeinde Schelingen 9578 RM., Gemeinde Breisach 15 161 RM., zusammen 46 980 RM.

Des weiteren wurde anlässlich des Unwetters am 3. Oktober d. J. in der Gemeinde Laudenbach (Amtsbezirk Weinheim) insgesamt ein Betrag von rund 10 500 RM. als Zuschuß zu den Wiederherstellungskosten der durch den Sturm beschädigten Gebäude zur Verfügung gestellt.

Die genannten Beträge sind zum weitaus größten Teil bereits ausbezahlt.

Abgesehen von diesen Summen sind in Einzelfällen für Unwetter Schäden im Laufe dieses Jahres von der Gebäuderversicherungsanstalt bereits Zuschüsse in Höhe von 18 807 RM. ausbezahlt worden, so daß die für Unwetter Schäden im laufenden Jahre bis jetzt bewilligten Entschädigungen sich auf insgesamt rund 75 300 RM. belaufen.

Auch in den früheren Jahren hat die Gebäuderversicherungsanstalt für Unwetter Schäden namhafte Beträge als freiwillige Leistungen zur Verfügung gestellt, in den beiden letzten Jahren z. B. 1930 den Betrag von 61 800 RM. und 1931 einen solchen von rund 143 920 RM.

Die Verwendung der Weishilfe.

Am Mittwoch vormittag beschäftigte sich der Haushaltsausschuß mit dem Nachweis der Regierung über die Verwendung der aus dem Weishilfefonds des Staates Baden zufließenden Mittel. Der Regierungsvertreter gab eine kurze Uebersicht über die Art der Verwendung der dem Land zustehenden Summe von rund 1 445 000 Mark.

Anschließend wurde der halbjährlich vorzulegende Nachweis des Staatsministeriums über die nach § 47 des Besoldungsgegesetzes jeweils nicht wieder zu besetzenden Beamtenstellen behandelt und zur Kenntnis genommen. Es entspann sich daran eine kurze Aussprache über die Lage der nichtplanmäßigen Beamten, vor allen Dingen im Bereiche des Unterrichtsministeriums.

Das Projekt eines badisch-hessischen Kanals.

Nach keine Vorlage bei badischen Behörden. m. Weinheim, 21. Nov. Vor etwa drei Wochen lief die Nachricht von dem Projekt eines Kanalbaus durch die Presse, der das gesamte Gebiet zwischen der badisch-hessischen Grenze und der Mainlinie entwässern sollte.

In Weinheim bringt man naturgemäß dem Projekt reges Interesse entgegen, da durch einen solchen Kanalbau nicht nur viele Arbeitslose eine Beschäftigung finden könnten, sondern auch über 100 000 Morgen Land in der Provinz Starkenburg fruchtbar und zur Ansiedlung geeignet gemacht werden könnten.

Jahresfeier der Universität Heidelberg.

Heidelberg, 23. Nov. In der Neuen Aula der Universität fand am Dienstag die feierliche Rektoratsübergabe verbunden mit der Jahresfeier der Universität statt. Der derzeitige Rektor Prof. Dr. Andreas, Ordinarius für neuere Geschichte, legte seiner Rektoratsrede das Thema „Preußen und Reich in Carl Augusts Geschichte“ zugrunde.

Sternfahrt zur neuen Rheinbrücke.

Waldshut, 23. Nov. Aus Anlaß der Einweihung der neuen Rheinbrücke Waldshut-Koblentz am 27. November beabsichtigt der Schweizerische Touring-Club eine Sternfahrt nach Waldshut mit anschließendem Besuch des südlichen Schwarzwalds.

Die Landes Synode hat gesprochen.

Der evangelische Kirchenvertrag endgültig genehmigt. — Einmütige Erklärung für die Beibehaltung der badischen Simultanschule.

Die Mittwoch-Sitzung der evang. Landes Synode wird — am Vormittag und Nachmittag — befehrt von der Diskussion des Fakultätsparagrafen. Dabei wächst sich die Debatte aus zu einer mit viel Temperament entwickelten Disputation über das Verhältnis von Wissenschaft und Glauben, Theologie und Kirche bei der evangelischen Religion im Gegensatz zum Katholizismus.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Geh. Rat D. Bauer (lib.) an die Adresse des Abg. Gähler (ev. nat.) bricht Abg. Seith (lib.) eine Lanze für die Simultanschule und zeigt Gefahren des Schulparagrafen auf.

Abg. Gähler (ev. Nat. Soz.) polemisiert gegen den Abg. Dietrich und die Gruppe der religiösen Sozialisten und betont die Einmütigkeit innerhalb seiner Gruppe, auch hinsichtlich der Erhaltung der Simultanschule; der Vertrag gefährde die Freiheit der Lehrer und Eltern nicht.

Abg. Sellinger (rel. Soz.) protestiert gegen die überfällige „Durchpeitschung“ einer so wichtigen Materie und bedauert die Hereinnahme des Religionsunterrichts in den Vertrag.

Abg. Pfarrer Voges (ev. Nat. Soz.) will im Sturm gegen die Konföderate nur ein Mittel kleiner Parteien sehen, um wieder hochzukommen. Die Simultanschule will auch erhalten haben.

Abg. Preuß (pol.) kann verstehen, daß die Kirche auf Aufnahme des Religionsunterrichts bestanden habe. Daraus werden nach seiner Ansicht keine Gefahren für die Simultanschule erwachsen. Wenn sie auch nicht besonders im Kontrast veranlaßt sei, so halte die evangelische Kirche doch an ihr fest, wie im Verfassungsausschuß auch Kirchenpräsident D. Wurth und Oberkirchenrat Dr. Friedrich betont hätten.

Kirchenpräsident D. Wurth

Stellt fest, daß bei den Konföderatsverhandlungen in keinem Augenblick der Gedanke in Erscheinung getreten sei, die gegenwärtige Schulform oder die Freiheit der Lehrtätigkeit hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichts. „Die Prüfungsprotokolle und Bescheide“ — so betont D. Wurth weiter —, haben durchaus die Tatsache bestätigt, daß die evangelische Lehrtätigkeit in unseren Schulen den Religionsunterricht mit Freuden und Erfolg erteilt. Dies hier ausdrücklich festzustellen, sei ihm eine Pflicht und Freude.

Damit schließt die Spezialdebatte über das Vertragswerk selbst und der Präsident schreitet zur

Abstimmung

die, wie er betont, eine endgültige ist, wobei kein Synodaler an das gestrige Votum gebunden sei.

Der Kirchenvertrag wird alsdann wiederum in namentlicher Abstimmung angenommen mit 38 gegen 21 Stimmen.

(Ein liberaler Abg., der am Dienstag mit Ja gestimmt hat, ist bereits abgereist.) Die Abstimmung entspricht also völlig der der 1. Lesung.

Ein Versuchsschacht bei Berghaupten.

Berghaupten (Amt Offenburg), 23. Nov. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind nunmehr die noch gewünschten 20 000 RM. Reichszuschuß zur Finanzierung eines Versuchsschachtes im hiesigen Kohlengraben an die Handelskammer in Laß überwiehen worden.

Eine Gassenmörderin erhält acht Jahre Zuchthaus.

Weinheim, 23. Nov. Das Darmstädter Schwurgericht verurteilte die Ehefrau Jöst aus Niederleberbach, die ihren geisteschwachen und invaliden Mann erhängte, um sich wieder verheiraten zu können, wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus unter Verlesung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt. Die beiden Mißgefallten wurden mangels Beweisen freigesprochen.

Todesfahrt mit dem Motorrad.

Kirchzarten, 23. Nov. Der etwa 46 Jahre alte verheiratete Landwirt Kern von Freiamt, Amt Emmendingen, der in Oberried bei Weinsiedeln zu Besuch weilte, fuhr mit seinem Motorrad mit dem Seitenwagen auf einen unbeleuchteten Wellenholzwagen auf. Kern wurde vom Rad geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Er starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Kern war mit solcher Gewalt auf den unbeleuchteten Wagen aufgefahren, daß das neue Hinterrad des Wagens vollständig abgerissen wurde. Sein Motorrad mit Seitenwagen war kaum beschädigt.

Brennet, bei Säckingen, 23. Nov. (Ein Pumpspeichermotorgeläufen.)

Die Mechanische Buntweberei Brennet besitzt in halber Höhe des Humberges ein Pumpspeichermotorgeläufen, das, wie früher schon einmal, plötzlich ausgefahren ist. Durch ein neugebildetes Loch auf der Sohle war das Wasser in das Innere des Berges gelaufen, um am Fuß desselben wieder auszutreten und dabei verschiedene Verwüstungen anzurichten.

Freiburg i. Br., 22. Nov. (Verzweiflungstat einer Mutter.)

Anlässlich einer durch das Stadtjugendamt Freiburg unter polizeilichem Schutz vorgenommenen Verbringung zweier Kinder in das Waisenhaus, kam es im Stadteil Säckingen mit den Eltern zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Mutter einen Selbstmordversuch unternahm, so daß sie in die Chirurgische Klinik verbracht werden mußte.

Die Synode wendet sich alsdann der Beratung der von der Kirchenregierung zur Annahme vorgeschlagenen

Protest-Erklärung

zu, die besagt: „Die Evang. Landes Synode hat zwar der Vorlage zugestimmt, sie stellt aber fest, daß der Evang. prot. Landeskirche der ansehnliche Einfluß auf die Besetzung der theologischen Lehrstühle an der Universität Heidelberg nicht eingeräumt wird und infolgedessen der Vertrag der Evang. Kirche mit dem badischen Staate nicht als gleichwertig mit dem entsprechenden Vertrag der Katholischen Kirche anerkannt werden kann.“

Diese Erklärung, die befanntlich von der Mehrheit des Verfassungsausschusses gutgeheißen wurde, hat dort schon einen nachher abgelehnten

Gegenantrag der Liberalen

ausgesprochen, den diese im Plenum wieder einbringen. Er lautet: „Ein stärkerer Einfluß der Landeskirche auf die Besetzung der Lehrstühle der evang.-theologischen Fakultät in Heidelberg als der im Staatsvertrag festgelegte ist unvereinbar mit der Freiheit der evang.-theol. Wissenschaft und widerspricht dem Wesen unserer badischen Landeskirche und ihrer Geschichte.“

Abg. Pir. Spies (lib.) begründet ihn mit Ausführungen, die bereits in der Debatte zu Tage getreten sind. Neben der Gefährdung der freien Lehre und Forschung sei in der Erklärung der Kirchenregierung ein unberechtigtes Mißtrauen gegen die Fakultät enthalten.

Dem widersprechen die Abgg. Fr. Boges (ev. Nat. Soz.) und Fr. Kott (pol.), während Abg. Prof. D. Hupfeld vom Standpunkt eines Fakultätsmitgliedes auch eine andere Fassung gewünscht hätte. Er könne aber, obwohl dem Sinne nach dafür, dem liberalen Antrag nicht zustimmen.

Nachdem noch Abg. Stengel (lib.) der Zurückziehung beider Anträge das Wort geredet hatte, wird der liberale Antrag hierauf abgelehnt mit 38 Stimmen gegen 19 (der lib. u. ev. Soz.).

Anderserseits wird die von der Kirchenregierung vorgelegene Erklärung angenommen und zwar mit „offensichtlicher“ Mehrheit.

Es folgt desanthenlos die

Annahme des Antrags betr. Beibehaltung der Simultanschule.

Er wurde von liberaler Seite gestellt und vom Verfassungsausschuß und der Synode zur Annahme empfohlen, die ihn auch im Plenum einstimmig gutheißt.

Ein im Tenor gleichgestaltener Antrag der Rel. Soz. hat damit gleichfalls seine Erledigung gefunden.

Damit waren um 6 Uhr alle mit dem Kirchenvertrag zusammenhängenden Punkte erledigt. Die Synode wendet sich alsdann der debattenlosen Verabschiedung einiger

Veränderungen der Kirchenverfassung und der Geschäftsordnung

zu. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf Ersatz bei Verhinderung oder Mandatsverzicht einer Synodalen, sowie auf die numerische Beschlußfähigkeit der Kirchenregierung.

Schließlich wurden noch Eingaben betr. der Besetzung der Pfarrstelle in Heidelberg-Weißlingen erledigt. Damit schließt um 1/7 Uhr diese Session der Landes Synode mit den Dankesworten des Präsidenten Dr. Umhauer an die Synodalen, wobei er der Auffassung Ausdruck gibt, daß jedes Mitglied nach bestem Wissen und Gewissen getrimmt habe. Doch möge — und damit macht sich der Präsident der Synode die Worte des Kirchenpräsidenten zu eigen — der Kirchenvertrag der evang. Kirche und ihren Gläubigen zum Segen gereichen. In diesem Wunsche gipfelt auch das Schlußgebet des Abg. Barner.

Am nächsten Mittwoch Konkordatsberatung im Landtag.

Das Plenum des Landtags ist zu einer Sitzung am Mittwoch, den 30. November, vormittags 10 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Kirchenverträge mit der katholischen und der evangelisch-protestantischen Kirche.

Das Plenum des Landtags ist zu einer Sitzung am Mittwoch, den 30. November, vormittags 10 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Kirchenverträge mit der katholischen und der evangelisch-protestantischen Kirche.

Genossenschaftsjubiläum in Bretten.

Godshheim, Amt Bretten, 22. Nov. Die am 14. November 1882 ins Leben gerufene Spar- und Darlehenskasse verband mit ihrer diesjährigen Generalversammlung eine seltene Feier ihres 50jährigen Bestehens. Vorstandsvorsitzender Bürgermeister Lepp begrüßte die Anwesenden, worauf Redner Müller die Jahresrechnung und Bilanz publizierten. Revier Schaber überbrachte die Grüße und Wünsche des Verbandspräsidenten und erstattete eine kritische Bilanzberichterstattung. Die Bilanz schließt mit einem Gewinn von RM. 1.187.17. Die Mitgliederzahl beträgt 230. Gemessen an den geldlichen Festlegungen betragen die eigenen Betriebsmittel 10 Proz. Der Umsatz im Berichtsjahre beträgt RM. 817.943.—. Aufsichtsratsvorsitzender Kehler berichtete über die Tätigkeit des Aufsichtsrates sowie über die stattgefundenen Revisionen. Die ausgeschiedenen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Seith Martin III., Dorn, Kobert, Ratsherr und Fraß, Bernhard, wurden wieder neu gewählt. Die Generalversammlung beschloß die freiwillige Spar- und Darlehenskasse Godshheim, die es während ihrer 50jährigen Arbeit durch regsame Betätigung verstanden habe, in Godshheim die Pflege des Geld- und Kreditverkehrs zu fördern und den Sparfain zu hegen. Für langjährige ununterbrochene verdienstvolle Mitarbeit wurde dem Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied Jakob Götz, Gottlieb Müller, Redner, Bürgermeister Lepp und Bernhard Fraß die Ehrenurkunde des Verbandes überreicht. Auch dem anwesenden noch einzig lebende Gründer, Heinrich Gausel, wurde ein Geschenk überreicht.

40jähriges Amtsjubiläum.

Bahnwart August Heisele merdt kann auf eine 40jährige Tätigkeit im Dienste der Bahn zurückblicken. Es gingen ihm Glückwünsche schreiben seiner Berliner und Karlsruher Behörden zu.

ot. Landshausen, 23. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Bei sehr reger Wahlbeteiligung wurde beim zweiten Wahlgang zur hiesigen Bürgermeisterwahl der seitherige Redner des Bauernvereins, Joseph Karl zum Bürgermeister gewählt. Dem Gegenkandidaten war es um 42 Stimmen überlegen.

Waghurst, 23. Nov. (Diamantene Hochzeit.) Am Freitag feierten die Eheleute Konstantin Schütt und Maria Anna, geb. Baunert, das Fest der diamantenen Hochzeit.

Advertisement for Dietrich-Ulster 58.- and Dietrich-Anzug 98.-. Includes text: Sie erhalten oben Dietrich-Ulster schon für 58.- und Dietrich-Anzug 98.- Da haben Sie aber etwas für Ihr Geld Rud. Hugo Dietrich







